

ST. GEORG 21

Auszug aus der Verordnung über diesen Bebauungsplan vom 2. November 1976

2. Das Tunnelbauwerk der unterirdischen Bahnanlagen und seine Herstellung dürfen durch bauliche Anlagen, andere Nutzungen der Grundstücke und Veränderungen ihrer Oberfläche nicht beeinträchtigt werden.

§ 2

Für die Ausführung des Bebauungsplans gelten nachstehende Vorschriften:

1. Garagen unter Erdgleiche sind auch auf den nicht überbaubaren Teilen von Baugrundstücken zulässig, wenn Wohnruhe und Gartenanlagen nicht erheblich beeinträchtigt werden.



BEBAUUNGSPLAN ST. GEORG 21

GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHS DES BEBAUUNGSPLANS

BAUGRENZE

STRASSENBEGRENZUNGSLINIE -

BEGRENZUNG SONSTIGER VERKEHRSFLÄCHEN

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG

DURCHGÄNGE, DURCHFARTEN

AUSKRAGUNGEN

ALLGEMEINE WOHNGEBIETE

ZAHL DER VOLLGESCHOSSE

ALS HÖCHSTGRENZE

ZWINGEND

GRUNDFLÄCHE DER BAULICHEN ANLAGEN

GESCHOSSFLÄCHE

TRAUFHÖHE

ZWINGEND

GESCHLOSSENE BAUWEISE

FLÄCHEN FÜR GARAGEN

GARAGEN UNTER ERDGLEICHE

STRASSENVERKEHRSFLÄCHEN

UNTERIRDISCHE BAHNANLAGEN

ERSATZ DER PLANFESTSTELLUNG NACH § 28 ABSATZ 3 DES PERSONENBEFÖRDERUNGSGESETZES

OBERKANTE TUNNEL

UNTERKANTE TUNNEL

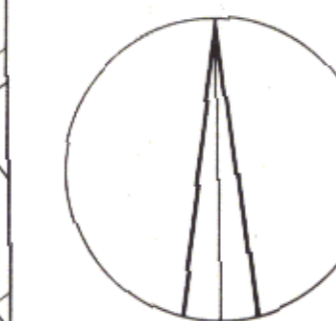
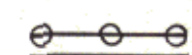
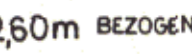
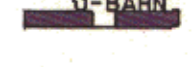
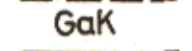
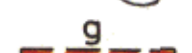
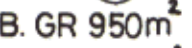
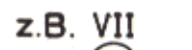
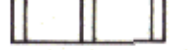
KENNZEICHNUNGEN

VORGESEHENES BODENORDNUNGSGEBIET

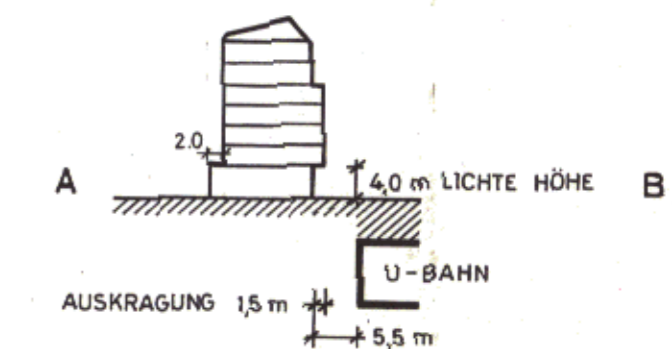
VORHANDENE BAUTEN

HINWEIS

MASSGEBEND IST DIE BAUNUTZUNGSVERORDNUNG IN DER FASSUNG VOM 26. NOVEMBER 1968 (BUNDESGESETZBLATT 1 SEITE 1238)



1 : 1000



SCHNITT A - B
(NICHT BINDEND)

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

BEBAUUNGSPLAN
ST. GEORG 21

AUF GRUND DES BUNDESBBAUGESETZES VOM 23. JUNI 1960 (BGBl. I S. 341)

BEZIRK HAMBURG - MITTE ORTSTEIL 114

Feldvergleich vom April 1976
Kataster- und Vermessungsamt

Reproduktion und Offsetdruck: Vermessungsamt Hamburg 1976

Archiv № 23846

Freie und Hansestadt Hamburg
Baubehörde
Landesplanungamt
2 Hamburg 35, Stadthausbrücke 8
Tel. 35 10 71

Bekanntmachung
über den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens zur Ergänzung des
Abkommens zwischen den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein,
Freie Hansestadt Bremen und Freie und Hansestadt Hamburg
über die örtliche Zuständigkeit der Binnenschiffahrtsgerichte Bremen,
Hamburg und Emden sowie des Schiffahrtsobergerichts Hamburg

Vom 4. November 1976

Gemäß Artikel 3 des Gesetzes zum Abkommen zwischen den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Freie Hansestadt Bremen und Freie und Hansestadt Hamburg zur Ergänzung des zwischen diesen Ländern geschlossenen Abkommens über die örtliche Zuständigkeit der Binnenschiffahrtsgerichte Bremen, Hamburg und Emden, sowie des Schiffahrtsobergerichts Hamburg vom 5. April 1976 (Hamburgisches

Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 67) wird bekanntgemacht, daß das Abkommen zur Ergänzung des Abkommens zwischen den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Freie Hansestadt Bremen und Freie und Hansestadt Hamburg über die örtliche Zuständigkeit der Binnenschiffahrtsgerichte Bremen, Hamburg und Emden sowie des Schiffahrtsobergerichts Hamburg am 25. Oktober 1976 für Hamburg in Kraft getreten ist.

Hamburg, den 4. November 1976.

Der Senat

Verordnung
über den Bebauungsplan St. Georg 21

Vom 2. November 1976

Auf Grund des § 10 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (Bundesgesetzblatt I Seite 341) in Verbindung mit § 2 Absatz 1 des Gesetzes über die Feststellung von Bauleitplänen und ihre Sicherung vom 3. Juli 1961 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 232) sowie des § 114 Absatz 1 Nummern 1 und 6 der Hamburgischen Bauordnung vom 10. Dezember 1969 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 249) wird verordnet:

§ 1

(1) Der Bebauungsplan St. Georg 21 für den Geltungsbereich Greifswalder Straße — Rohdestraße — Soester Straße — Kirchenweg — Zimmerpforte — Hansaplatz — Baumeisterstraße (Bezirk Hamburg-Mitte, Ortsteil 114) wird festgestellt.

(2) Das maßgebliche Stück des Bebauungsplans wird beim Staatsarchiv zu kostenfreier Einsicht für jedermann niedergelegt. Ein Abdruck des Plans kann beim örtlich zuständigen Bezirksamt kostenfrei eingesehen werden. Soweit zusätzliche Abdrucke beim Bezirksamt zur Verfügung stehen, können sie gegen Kostenerstattung erworben werden.

§ 2

Für die Ausführung des Bebauungsplans gelten nachstehende Vorschriften:

1. Garagen unter Erdgleiche sind auch auf den nicht überbaubaren Teilen von Baugrundstücken zulässig, wenn Wohnruhe und Gartenanlagen nicht erheblich beeinträchtigt werden.
2. Das Tunnelbauwerk der unterirdischen Bahnanlagen und seine Herstellung dürfen durch bauliche Anlagen, andere Nutzungen der Grundstücke und Veränderungen ihrer Oberfläche nicht beeinträchtigt werden.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 2. November 1976.